

Jochem Pitz, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Brühl
Haushaltsrede 2010

Rede zum Haushalt 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger!

Seit 1999 dem Rat angehörend, hätte außer den letzten beiden Jahren eigentlich jede Ihrer Reden, sehr geehrter Herr Bürgermeister, treffend betitelt werden können: „Jede Krise bietet auch Chancen, wenn man die Weichen richtig stellt!“ Immerhin war es uns gelungen, durch strukturelle Maßnahmen, insbesondere durch Personalreduktion, das strukturelle Defizit von 7.000.000 Euro bis zum Jahr 2006 auf 3.000.000 Euro zu senken, um sodann, durch die konjunkturelle Hochphase der letzten beiden Jahre begünstigt, doch Überschüsse zu erwirtschaften.

Diese Überschüsse, und dies ist das Frustrierende, werden mit diesem Haushalt wieder alle verfrühstückt, statt aufgelaufene Schulden und damit die künftige Zinslast zu senken. Nur mit einer schmerzhaften Grundsteuererhöhung konnte überhaupt ein Nothaushalt vermieden werden. Der Bürgermeister hat zu recht darauf hingewiesen, die gesetzlichen Änderungen seien sie in Berlin oder in Brüssel gemacht und geeignet, alle Einsparbemühungen zu konterkarieren.

Dabei ist Brühl noch nicht einmal durch einen eklatanten Gewerbesteuerausfall betroffen, wie er beispielhaft bei unseren Nachbarstädten Wesseling und Hürth zu verzeichnen ist. Wachsende Aufgaben und sinkende Steuerzuweisungen sind diesmal Grund eines völlig unakzeptablen Defizits von 8,5 Millionen Euro, wobei der Bürgermeister auch deutlich zum Ausdruck gebracht hat, dass ganz am Anfang der Haushaltsplanung ein Defizit von sogar 17,5 Millionen Euro gedroht hätte.

Insofern hoffen wir alle auf eine Neuregelung der kommunalen Finanzausstattung und auf geschickte Weichenstellungen, um weiter aus eigener Kraft die Geschicke dieser Stadt lenken zu können.

Daher gilt auch dieses Jahr der schon abgedroschene Satz, dass nicht alles Wünschenswerte machbar ist. Nicht machbar, und dies ist letztlich von allen Fraktionen zugestanden, ist mittel- bis langfristig der 2-gleisige Ausbau der Linie 18, der den Haushalt mit mindestens 3 Millionen Euro, wenn man nur an die Kostensteigerung in Köln denkt, sicher mit fast 4 Millionen Euro belastet hätte. Aber genauso nicht machbar ist der populäre, ja sogar nachvollziehbare Wunsch, Schwadorf mit einer eigenen Buslinie anzubinden. Die jährlichen Folgekosten von mindestens 95.000 Euro, eher 100.000 Euro, die bei den Stadtwerken Brühl zunächst auflaufen und durch eine Gewinnminderung direkt an den städtischen Haushalt weitergeben würden, ist nicht verantworten.

Vielleicht wünschenswert, aber auch nicht machbar sind Zuschüsse an Beratungsstellen, caritative und soziale Vereine. Gerade hier gilt auch der Appell an die Bürgerinnen und Bürger, gemeinnützige Vereine in ihrer Arbeit durch Spenden und ehrenamtliches Engagement so zu

unterstützen, dass alle hiervon profitieren. Die Organisationen sind wiederum aufgerufen, für ihre Arbeit zu werben, so dass sinnvolles und notwendiges nicht nur durch Steuermittel, sondern durch Freiwilligkeit ermöglicht wird.

Weichen kann man auch damit stellen, dass man investiert, um langfristig zu sparen.

Auch wir von der FDP-Fraktion haben unsere Augenbrauen auch erst einmal hochgezogen, als des Bürgermeisters Wunsch auf die Einrichtung einer dritten Beigeordnetenstelle auf dem Tisch lag. Lassen wir mal das Reizwort „Beigeordneter außer acht, respektieren den gesetzgeberischen Willen, dass der Bürgermeister seine Verwaltung so organisieren soll, dass er in der persönlichen Direktwahl für eine funktionierende Verwaltung Verantwortung trägt und akzeptieren, dass 4 Häuptlinge durch einen Oberhäuptling ersetzt werden sollen. Das spart Geld und zwar in 6-stelliger Höhe. Der Bürgermeister wird beweisen, dass er diese Einsparung auch durchhält und nicht jedes Jahr einen der Häuptlinge neu installiert. Herr Bürgermeister, hierauf wird auch die FDP-Fraktion achten!

Die FDP-Fraktion unterstützt den Bürgermeister nachdrücklich, wenn dieser investiert, um langfristig bei der Unterhaltung der Immobilien sparen zu können. Hierunter fällt das Projekt, den Neubauteil des Rathauses B abzureißen um dort ein Bürgerservicezentrum zu errichten. Die Idee ist ja schon länger geboren und gründet auf 3 Tatsachen:

1. Der in den 50-iger Jahren errichtete sog. Neubautrakt muss alsbald mit einem Aufzug versehen werden, womit jedoch überaus hohe Brandschutzkosten verbunden sind, so dass der Aufwand mit bis zu 750.000 Euro geschätzt ist. Zudem muss das Gebäude auf Grund seines Alters mittelfristig ohnehin saniert werden.
2. Zum anderen wissen wir seit Jahren, dass die städtische Bibliothek in ihren Mieträumlichkeiten durch die Trennung der Jugend- und Erwachsenenbibliothek unnötige Personalkosten produziert.
3. Die Zusammenlegung der Bürgerberatung und der Bibliothek, der gewünschten und sinnvollen Beratungsstelle der Brühler Stadtwerke und vielleicht anderer Institutionen in einem Gebäude erscheinen sinnvoll, bürgernah und einleuchtend.

Wenn dann noch die Stadtentwicklung gefördert wird, indem an dieser Stelle ein architektonischer Leuchtturm geschaffen wird, der nicht nur die Attraktivität des Steinwegs erhöht, sondern auch Initialzündung für eine von allen gewünschte bauliche Entwicklung des Janshofes sein kann, dann gibt all dies genügend Gründe, das Projekt anzugehen.

Dies gilt auch, soweit der kurz entfachte Kantinenstreit nun beigelegt ist. Soweit es um das Sparen geht, sind wir uns jedenfalls alle einig, dass es nicht Aufgabe der Stadt sein kann, ein günstiges, durch die freie Zurverfügungstellung der Räumlichkeiten und sonstiger, ggf. auch verdeckter Zuschüsse subventioniertes Mittagessen den Brühler Bürgerinnen und Bürgern bereitzustellen. Es wundert überhaupt schon, dass nicht die Gastronomiebetriebe unserer Stadt schon längst gegen die Konkurrenz gewettert haben.

Wir werden auch beim Bau eines Hotels auf dem Belvedereparkplatz investieren müssen, damit die Stadt weiter prosperieren kann.

Allein für die Bauphase müssen Ersatzparkplätze, wo auch immer geschaffen werden, um den Einzelhandel in der Stadt nicht über Gebühr leiden zu lassen. Brühl profitiert aber mit seinen 350.000 Übernachtungen bereits kräftig vom Tourismusboom. Wir alle können jeden Tag ausländische Besucher durch die Stadt flanieren sehen und sehen, dass der Tourismus der Stadt, dem Einzelhandel und der ansässigen Gastronomie einen spürbaren Schub verliehen hat.

350.000 Übernachtungen bedeuten je Tag 1000 zahlende Gäste in der Stadt und im Phantasialand!

Wenn sich Brühl mit einem solchen Hotel sodann auch noch als Kongress- und Tagungsstadt weiter etablieren kann, und hier sieht die FDP-Fraktion seit Jahren Chancen, kann in dieser Stadt das erwirtschaftet werden, was für Bildung, unsere Kinder, die Kultur und unser Zusammenleben gebraucht wird.

Natürlich gehört in hierzu auch die Ansiedlung der Telekom. Die Ansiedlungsentscheidung belegt, dass Brühl über eine gute Infrastruktur verfügt, über gute Verkehrsanbindungen, aber auch über eine lebenswerte Stadt, die den neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vieles bieten kann. Es war gerade das Personal, das sich für den Standort Brühl stark gesagt hatte.

Liegen die bislang angesprochenen Themen noch halbwegs in unserer Hand, können wir noch halbwegs entscheiden, ob wir eine Stelle einrichten, einen Bus fahren lassen oder ein Haus bauen, stehen wir den stark steigenden Kosten für die Jugendhilfe fast machtlos gegenüber. Bei aller Integrationsarbeit, unserem guten Schul- und Kindergartenangebot lässt es sich offenbar nicht vermeiden, dass Eltern mit der Erziehung überfordert sind und Kinder unter Aufwendung immenser Kosten vollständig oder tagsüber betreut werden müssen. Die Fallzahlen explodieren nicht nur in Brühl und alle Prävention stößt an ihre Grenzen.

Hinzu kommt, dass das Angebot an Betreuungsplätzen immer knapper wird, denn dort, wo die Nachfrage hoch ist, steigen die Preise. Allein zwischen 2008 und 2010 belaufen sich die Mehrkosten auf 1 Million Euro. Darum besteht jedweder Anlass zur Prüfung, ob nicht das Betreuungsangebot bei gleicher Qualität besser, d. h. auch vor allen Dingen kostengünstiger organisiert werden kann. Dies geht nur durch interkommunale Zusammenarbeit und der Handlungsdruck ist bei allen Städten so hoch, dass hier überall Bereitschaft ist, auch Alternativen zu entwickeln. Hierzu gehört auch die Prüfung, ob die Betreuungsarbeit wieder durch die Städte selbst durchgeführt werden kann, statt sie Dritten, wenn auch gemeinnützigen Organisationen zu überlassen.

Auch hier gilt es, die Krise zu nutzen, um die Weichen richtig zu stellen.

Die FDP Fraktion dankt daher allen Weichenstellern der Verwaltung, natürlich insbesondere der Kämmerei, für ihre Arbeit im letzten Jahr und hofft gemeinsam mit ihnen auf bessere Zeiten.